

Demographischer Wandel - Maßnahmen der EU

Ein wichtiger Faktor ist die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung.

Die vom Europäischen Rat von Stockholm im Jahr 2001 beschlossene Strategie zur Bewältigung der wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Herausforderungen infolge der demografischen Alterung beinhalten drei Ziele:

- ein rascher Schuldenabbau (sobald die Wirtschaft sich wieder erholt hat),
- die Erhöhung der Beschäftigungsquoten und der Produktivität
- sowie die Reform der Renten , Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme

Gültigkeit haben die fünf politischen Ziele:

- Bessere Unterstützung von Familien
- Förderung der Beschäftigung
- Reformen zur Steigerung der Produktivität und Wirtschaftsleistung
- Immigration und Integration von Migranten
- Nachhaltige öffentliche Finanzen

Sie wurden in der Mitteilung der Europäischen Kommission vom Oktober 2006 zur demografischen Zukunft Europas formuliert.

Aus Sicht der Europäischen Kommission kann eine Koordinierung auf europäischer Ebene den Austausch von bewährten Konzepten erleichtern, Synergien fördern und negative Übertragungseffekte reduzieren.

Die Kommission wird den Mitgliedstaaten auch weiterhin Orientierungen an die Hand geben, indem sie noch in 2009 eine überarbeitete Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 sowie eine Aktualisierung ihres Berichts über die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vorlegen wird.

Verfasser: Christian Weyde (Brüssel September 2009)

europe direct Informationszentrum Steinfurt

Träger: WEST mbH

Tecklenburger Str. 8

48565 Steinfurt

Telefon: 02551/692700

www.eu-direct.info



Die Europäische Gemeinschaft gewährt eine jährliche Finanzhilfe für den Betrieb des Europe Direct Informationsbüro Steinfurt. Urheber dieses Informationsblattes ist das Europe Direct Informationsbüro Steinfurt und bindet nur den Urheber. Die Europäische Kommission haftet nicht für die weitere Nutzung des Inhaltes/der Informationen.



Wirtschaftsförderungs- und
Entwicklungsgesellschaft Steinfurt mbH

Demographischer Wandel in der EU – von der Herausforderung zur Chance

Kaum eine andere Entwicklung wird unsere Gesellschaft so umfassend beeinflussen und verändern, wie der demographische Wandel. Daher wird diese Entwicklung zu Recht als „Megatrend“ bezeichnet.

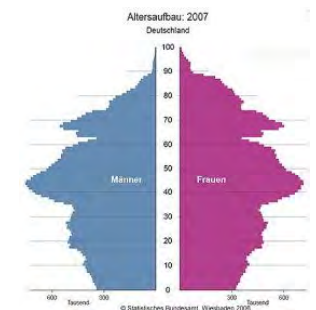
Mit dem Begriff „demographischer Wandel“ wird die Veränderung der Zusammensetzung der Altersstruktur bezeichnet.

Wissenschaftler belegen: Die Umkehr des demographischen Wandels ist kurzfristig unmöglich.

Deshalb ist es notwendig, sich auf diese Entwicklung stärker einzustellen. Selbst bei einer Steigerung der Geburtenraten würde es mindestens 20 Jahre dauern, bis sich dies auf die Altersstrukturen und die Sozialsysteme auswirkt. Gleichzeitig steigt bei höherer Lebenserwartung die Belastung der mittleren Jahrgänge durch die Versorgung von mehr Kindern und gleichzeitig mehr älteren Menschen.

Den demographischen Wandel gestalten!

Gesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen sich auf große Veränderungen in der Bevölkerung einstellen. Daraus erwachsen verschiedene Herausforderungen, denn die Auswirkungen des demographischen Wandels werden in nahezu jedem Lebensbereich zu beobachten sein.



Die wirtschaftlichen und sozialen Systeme werden den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft nicht mehr gerecht werden. Auf lange Sicht ist ein weiterer Umbau dieser Systeme notwendig, damit die Bürgerinnen und Bürger sich auch in Zukunft auf sie verlassen können. Der demographische Wandel eine Herausforderung ist, die den Ideenreichtum und die Gestaltungskraft unserer gesamten Gesellschaft erfordert.

Die EU hat den Trend der Bevölkerungsalterung erkannt und die Europäische Kommission setzt sich mit den Herausforderungen des demographischen Wandels auseinander

Aufgrund der höheren Lebenserwartung und gleichzeitig sinkender Fruchtbarkeitsraten könnte die Bevölkerung (in der Altersstruktur von 15 bis 64 Jahren) bis zum Jahre 2050 um 48 Mio. Menschen schrumpfen und die Zahl der über 65jährigen um 58 Mio. steigen.

Die EU prognostiziert ab 2017 eine rückläufige Erwerbsbevölkerung, die zu einem Rückgang der Beschäftigungsquote führen und das potenzielle Wachstum der Europäischen Union dämpfen könnte.

Im Vergleich zu anderen Ländern wie China, USA und Indien wird das Bevölkerungswachstum in der EU bis 2020 erheblich nachlassen.

Nach Japan wird die EU einen der weltweit größten Zuwächse der Alterslastquotienten verzeichnen.

Gleichzeitig werden die Bevölkerungen der unmittelbaren Nachbarn Europas, d.h. die Regionen Naher Osten und Nordafrika, die weltweit zweithöchste Wachstumsrate verbuchen.

Diese Argumente haben bereits in der Vergangenheit zu einer Erhöhung der Migrationsströme geführt. Zudem haben wirtschaftliche Unterschiede und demographische Veränderungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, vor dem Hintergrund von Handel, politischen Problemen und Instabilität in Herkunftsländern, zu einer stetig wachsenden Mobilität der Arbeitskräfte beigetragen.

Die Überalterung wirkt sich erkennbar auch auf die Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sowie die staatlichen Haushalte aus.



EU reagiert auf demographischen Wandel!

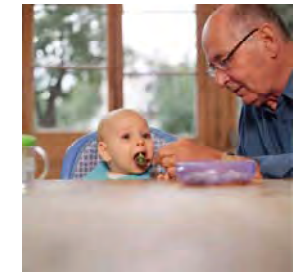
Die Menschen in Europa leben immer länger und erfreuen sich zudem einer besseren Gesundheit. Dies ist eine große Errungenschaft, auf die wir zu Recht stolz sein können.



Die Europäische Kommission geht von 3 wichtigen Prozessen aus, die sich stark auf einzelne Regionen auswirken könnten:

- Schrumpfende Erwerbsbevölkerung
- Überalternde Gesellschaft
- Bevölkerungsrückgang

Um Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels zu erarbeiten, hat die Europäische Kommission mit der Veröffentlichung des Grünbuchs „Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ im Jahre 2005 die Diskussion eingeleitet.



Im April 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission die Mitteilung zur Bevölkerungsalterung: eine erneuerte Strategie zur Bewältigung der demografischen Herausforderung.

Die Europäische Kommission sieht die Arbeitsproduktivität als größten Wachstumsfaktor der kommenden Jahre an.

Vladimír Špidla, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, äußerte sich wie folgt: „Die Menschen einfach in den Vorruhestand zu schicken, wie wir dies in der Vergangenheit getan haben, kann heute keine Lösung mehr sein. Bei der Überwindung der Krise muss es uns gelingen, mehr und bessere Beschäftigungschancen für ältere Menschen zu schaffen. In einer alternden Gesellschaft muss jeder die Möglichkeit haben, am Arbeitsmarkt teilzunehmen.“